Deutscher Bundestag
11. Wahlperiode

Drucksache 11/880

02. 10. 87

Fragen

für die Fragestunden der Sitzungen des Deutschen Bundestages am Mittwoch, dem 7. Oktober 1987 am Donnerstag, dem 8. Oktober 1987

Verzeichnis der Fragesteller

Abgeordneter	*Nummer der Frage*
Dr. Abelein (CDU/CSU)	32, 42
Austermann (CDU/CSU)	11
Bernrath (SPD)	51, 52
Bindig (SPD)	38, 39
Börnsen (Ritterhude) (SPD)	49, 50
Brück (SPD)	3
Frau Bulmahn (SPD)	2
Conradi (SPD)	60, 61
Frau Eid (DIE GRÜNEN)	7, 8
Eigen (CDU/CSU)	16, 33
Dr. Emmerlich (SPD)	28, 29
Gansel (SPD)	6, 23
Frau Garbe (DIE GRÜNEN)	12, 13
Graf (SPD)	47, 48
Frau Dr. Hamm-Brücher (FDP)	58, 59
Heinrich (FDP)	26, 27
Jungmann (SPD)	14, 15
Klein (Dieburg) (SPD)	63, 64
Kolbow (SPD)	20, 21
Dr. Kunz (Weiden) (CDU/CSU)	10
Lowack (CDU/CSU)	55
Menzel (SPD)	4, 5
Müller (Pleisweiler) (SPD)	43, 44
Müller (Wesseling) (CDU/CSU)	62
Frau Dr. Niehuis (SPD)	24, 25
Oostergetelo (SPD)	45, 46
Paterna (SPD)	53, 54
Dr. Penner (SPD)	56, 57
Dr. Pick (SPD)	1
Reimann (SPD)	17, 18
Schemken (CDU/CSU)	30, 31
Schreiner (SPD)	19
Frau Steinhauer (SPD)	34, 35
Stiegler (SPD)	9, 22
Urbaniak (SPD)	36, 37
Verheugen (SPD)	65
Weiss (München) (DIE GRÜNEN)	40, 41

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen

1. Abgeordneter **Dr. Pick** (SPD)

Welche Auswirkungen hat die geplante Veräußerung des Aktienpakets des Bundes an der Volkswagenwerk AG auf die finanzielle Situation der Stiftung Volkswagenwerk?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Forschung und Technologie

2. Abgeordnete **Frau Bulmahn** (SPD)

Wie viele Anträge auf Projektförderung erhielt das Bundesministerium für Forschung und Technologie (gegliedert nach Förderbereichen) aus den einzelnen Bundesländern in den Jahren 1985 und 1986, und wie vielen dieser Anträge konnte jeweils entsprochen werden?

Geschäftsbereich des Bundesministers für wirtschaftliche Zusammenarbeit

3. Abgeordneter **Brück** (SPD)

Wird sich die Bundesregierung bei den Haushaltsberatungen der Europäischen Gemeinschaft für das Jahr 1988 im Ministerrat dafür einsetzen, daß die Entwicklungshilfe für die nichtassoziierten Entwicklungsländer, die bereits von 1986 auf 1987 um 16 v. H. gesunken ist, nicht noch weiter sinken wird?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft

4. Abgeordneter **Menzel** (SPD)

Kann die Bundesregierung die in der „Wirtschaftswoche" vom 4. September 1987 in dem Artikel „Öffentliche Aufträge – Bayern sahnt ab" gemachten Angaben und die Zahlentabelle bestätigen, aus denen man schließen kann, daß der Bund bei der Vergabe von Bundesmitteln und öffentlichen Aufträgen die Bundesländer Bayern und Baden-Württemberg bevorzugt behandelt, während der gesamte Norden und Nordrhein-Westfalen offensichtlich benachteiligt werden?

5. Abgeordneter **Menzel** (SPD)

Welche Kriterien veranlassen die Bundesregierung, den Löwenanteil aller Staatsaufträge nach Bayern und Baden-Württemberg zu vergeben?

6. Abgeordneter
Gansel
(SPD)

Was hat die Bundesregierung in bezug auf Rüstungsindustrie und Waffenhandel unternommen, daß aus der Bundesrepublik Deutschland keine Kriegswaffen und Rüstungsgüter an kriegführende Staaten im Golfgebiet geliefert werden?

7. Abgeordnete
Frau
Eid
(DIE GRÜNEN)

Kann die Bundesregierung bestätigen, daß aus Südafrika stammendes und in der Sowjetunion angereichertes Uranhexafluorid gegenwärtig in der Bundesrepublik Deutschland lagert und im Laufe dieses Monats über einen bundesdeutschen Hafen im Auftrag von KWU mit dem Endverbraucher RWE, unter Umgehung des Anti-Apartheid-Gesetzes der USA, in die USA exportiert werden soll?

8. Abgeordnete
Frau
Eid
(DIE GRÜNEN)

Wie beurteilt die Bundesregierung die Tatsache, daß andere westliche Länder – wie z. B. die USA – Importrestriktionen bzw. Verbote für den Import südafrikanischen Urans erlassen haben, um so zur Überwindung der Apartheid durch Sanktionen beizutragen?

9. Abgeordneter
Stiegler
(SPD)

Welches Ergebnis hatte die jüngste Sitzung der deutsch-tschechoslowakischen Wirtschaftskommission in Prag, und welche neuen Felder der wirtschaftlichen Zusammenarbeit haben sich dabei abgezeichnet?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

10. Abgeordneter
Dr. Kunz
(Weiden)
(CDU/CSU)

Wie genau sind die Ermittlungen von Produktionszahlen in den übrigen EG-Ländern, insbesondere bei Milch, und wie groß sind die Fehlerquellen und deren Auswirkungen auf die Einhaltung der nationalen Milchquoten?

11. Abgeordneter
Austermann
(CDU/CSU)

Wie hoch sind die direkten Förderhilfen aus dem Agrarhaushalt für landwirtschaftliche Betriebe unter vergleichender Gegenüberstellung der Förderung von Voll- und Nebenerwerbsbetrieben im Jahre 1986 gewesen?

12. Abgeordnete
Frau
Garbe
(DIE GRÜNEN)

Hält die Bundesregierung die in der Fernsehsendung „Monitor" vom 1. September 1987 gezeigten Zustände bei Lebendviehtransporten durch die Bundesrepublik Deutschland mit der Verordnung zum Schutz von Tieren beim grenzüberschreitenden Transport vereinbar, und ist der Bundesregierung bekannt, welcher Prozentsatz der Tiere solche Transporte bis zum Bestimmungsort lebend übersteht?

13. Abgeordnete **Frau Garbe** (DIE GRÜNEN)

Was gedenkt die Bundesregierung zu tun, um die ersichtliche Quälerei der Tiere bei Lebendviehtransporten durch die Bundesrepublik Deutschland zu verringern bzw. zu unterbinden?

14. Abgeordneter **Jungmann** (SPD)

Beabsichtigt die Bundesregierung, einem Vorschlag der Planungsgruppe des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten folgend, das Institut für Milcherzeugung mit dem Versuchsgut Schaedtbek (Kreis Plön) zu schließen, und falls ja, mit welcher Begründung?

15. Abgeordneter **Jungmann** (SPD)

Auf welche Weise will die Bundesregierung im Falle einer Schließung dieses Institutes künftig die Qualitätsförderung bei der Milcherzeugung sicherstellen, und was gedenkt sie in diesem Fall zu tun, um die ca. 46 betroffenen Arbeitnehmer in einer Region mit 12,8 v. H. Arbeitslosigkeit weiter zu beschäftigen?

16. Abgeordneter **Eigen** (CDU/CSU)

Wie weit ist es mit dem Vollzug der Antwort der Bundesregierung auf meine schriftliche Frage vom 18. August 1987 (Drucksache 11/758) wegen der riesigen neuerlichen Wettbewerbsverzerrung im Schweinemarkt im Bereich Qualifizierung durch die niederländische Regierung?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung

17. Abgeordneter **Reimann** (SPD)

Wie beurteilt die Bundesregierung die Tatsache, daß einer Bürgerin der Bundesrepublik Deutschland (Jahrgang 1925), die 105 Monate Pflichtbeiträge zur Rentenversicherung in der Schweiz und 26 Pflichtbeiträge zur Rentenversicherung in Schweden geleistet hat und die einen Teil ihres Arbeitslebens in der Bundesrepublik Deutschland verbracht hat und hier Beiträge entrichtete, eine Zusammenrechnung der schweizerischen und der schwedischen Pflichtversicherungszeit nicht gewährt wird, obwohl die sozialgerichtliche Rechtsprechung in ähnlichen Fällen eine solche Zusammenrechnung befürwortet?

18. Abgeordneter **Reimann** (SPD)

Ist die Bundesregierung bereit, sich im Falle einer noch ausstehenden Entscheidung des Europäischen Gerichtshofes zugunsten einer multilateralen Zusammenrechnung von Versicherungszeiten in der Rentenversicherung diesem Urteil anzuschließen?

19. Abgeordneter **Schreiner** (SPD)

Wie ist der Sachstand bei der Verordnungsgebung nach § 34 Arbeitssicherstellungsgesetz durch das Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung, und welche Maßnahmen durch die Arbeitsverwaltung sind in dieser Hinsicht bereits erfolgt bzw. in Planung?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung

20. Abgeordneter **Kolbow** (SPD)

Wie beurteilt die Bundesregierung die Tatsache, daß der Inspekteur des Heeres am 12. September 1987 die Weisung des Kommandierenden Generals des II. Korps in Ulm vom 29. Juni1987 aufgehoben hat, Soldaten einen gleich langen Freizeitausgleich zu gewähren, die an Wochenenden oder an Feiertagen Dienst tun müssen, und welche Maßnahmen hält die Bundesregierung in der Bundeswehr für angebracht, bei der Dienstplanung rationeller mit der Zeit der Soldaten in den Einheiten umzugehen?

21. Abgeordneter **Kolbow** (SPD)

Wann und mit welchem Inhalt ist die vom Heeresinspekteur angekündigte Neuregelung des Dienstzeitausgleichs auf individueller Basis zu erwarten?

22. Abgeordneter **Stiegler** (SPD)

Treffen Pressemeldungen zu, daß Eliteeinheiten der amerikanischen Streitkräfte in den bayerischen Alpen und am Chiemsee für einen militärischen Einsatz am Golf vorbereitet werden, und wie ist ein solcher Einsatz der US-Streitkräfte mit den Aufenthaltsregelungen für US-Streitkräfte im Rahmen der Bündnisverträge vereinbar?

23. Abgeordneter **Gansel** (SPD)

Trifft es zu, daß in Bad Tölz Einheiten der US-Streitkräfte für Einsätze außerhalb des Geltungsbereichs des NATO-Vertrages ausgebildet oder bereitgehalten werden, und hat gegebenenfalls die Bundesregierung dafür ihre Zustimmung gegeben?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit

24. Abgeordnete **Frau Dr. Niehuis** (SPD)

Wie ist die Aussage der Bundesministerin Frau Dr. Süssmuth im Saarländischen Rundfunk: „Mir scheint also die Bundeswehr nicht das primäre Feld der Gleichberechtigung zu sein, und schon

gar nicht möchte ich, daß sie ein Alibi ist für die nicht vollzogene Gleichberechtigung in anderen Bereichen!" zu interpretieren?

25. Abgeordnete **Frau Dr. Niehuis** (SPD)

Ist die Bundesministerin nun für „Frauen in der Bundeswehr" oder gegen „Frauen in der Bundeswehr"?

26. Abgeordneter **Heinrich** (FDP)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß bereits Mitte August Transporte mit italienischem Federweißen (teilweise angegorenem Traubenmost) in Deutschland gesichtet wurden, obwohl die Traubenlese in Italien erst Anfang September offiziell eröffnet wird?

27. Abgeordneter **Heinrich** (FDP)

Was haben die Bundesregierung und die Kontrollbehörden der Länder unternommen, um sicherzustellen, daß nur frischer Federweißer (des neuen Jahrgangs) in Verkehr gebracht wird und die deutschen Verbraucher vor dem Konsum von widerrechtlich hergestelltem Federweißen aus importierten Konzentraten und ähnlichem gewarnt und geschützt werden?

28. Abgeordneter **Dr. Emmerlich** (SPD)

In welchem Umfang werden bei den freien Wohlfahrtsverbänden die Aufwandszuschüsse für Unterkunft, Verpflegung und Bekleidung für Zivildienstleistende gekürzt?

29. Abgeordneter **Dr. Emmerlich** (SPD)

Wie erklärt sich die Bundesregierung zu der Befürchtung der Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege, daß ihre Hilfsangebote mit Zivildienstleistenden infolgedessen vor allem im offenen und stationären Bereich gekürzt werden müssen?

30. Abgeordneter **Schemken** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß jährlich in der Bundesrepublik Deutschland bis zu 15 000 Babys während der Geburt durch Kunstfehler von Ärzten geschädigt werden?

31. Abgeordneter **Schemken** (CDU/CSU)

Gibt es Erkenntnisse über die Ursachen solcher Schädigungen, wenn ja, was gedenkt die Bundesregierung dagegen zu unternehmen?

32. Abgeordneter **Dr. Abelein** (CDU/CSU)

Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, das Rauchen in öffentlichen Räumen einzuschränken?

33. Abgeordneter **Eigen** (CDU/CSU)

Wie beurteilt die Bundesregierung, daß renommierte deutsche Firmen Konserven in anderen Ländern, wie z. B. in Ungarn, herstellen lassen, ohne dieses in der Deklaration anzugeben, so daß der Verbraucher den Eindruck haben muß, es handle sich um ein in der Bundesrepublik Deutschland hergestelltes Qualitätsprodukt?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr

34. Abgeordnete **Frau Steinhauer** (SPD)

Ist der Bundesregierung bekannt und hält sie es für zulässig, daß nach wie vor noch Lastwagenanhänger mit einer Einleitungsbremsanlage im Verkehr sind, obwohl Zweileitungsbremsanlagen schon seit über zehn Jahren vorgeschrieben sind?

35. Abgeordnete **Frau Steinhauer** (SPD)

Hält die Bundesregierung den weiteren Betrieb von Einleitungsbremsen nicht für ein Sicherheitsrisiko, oder aus welchem Grunde sind sonst Zweileitungsbremsanlagen für Lastwagenanhänger vorgeschrieben?

36. Abgeordneter **Urbaniak** (SPD)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß die Deutsche Bundesbahn mit der bisher vorgesehenen Stückzahl von 41 ICE-Triebzügen für den Hochgeschwindigkeitsverkehr ab 1991 nur die Ostachse Hamburg-Hannover-Kassel-Frankfurt München bzw. Basel bedienen will und somit der gesamte Industrieraum Nordrhein-Westfalen nicht in den Genuß dieses verbesserten IC-Angebotes kommen wird, obwohl auch auf den Strecken Hamburg-Bremen-Ruhrgebiet und Hannover-Ruhrgebiet in weiten Bereichen eine Betriebsgeschwindigkeit von 200 km/h möglich ist?

37. Abgeordneter **Urbaniak** (SPD)

Wird diese Nordrhein-Westfalen stark benachteiligende Entscheidung von der Bundesregierung mitgetragen, bzw. was gedenkt die Bundesregierung zu tun, um diese Entscheidung zu korrigieren?

38. Abgeordneter **Bindig** (SPD)

Kann die Bundesregierung angeben, wieviel Kilometer Bundesfernstraßen mit getrennten Fahrbahnen für den Richtungsverkehr es im gesamten Bundesgebiet und den einzelnen Bundesländern gibt, die entgegen der gesetzlichen Regelung des § 2 Abs. 3a FStrG als Bundesstraße gewidmet sind, obwohl sie die Voraussetzungen des § 1 Abs. 3 FStrG erfüllen, wonach sie als Bundesautobahnen eingestuft werden müßten?

39. Abgeordneter **Bindig** (SPD)

Welche Absicht verfolgt die Bundesregierung damit, etliche Bundesfernstraßen unter dem falschen Namen „Bundesstraße" zu bauen, obwohl sie gesetzlich (§ 2 Abs. 3a FStrG) als Bundesautobahn anzusehen sind, und hat die Bundesregierung die Absicht, sich künftig entweder in der Praxis an das Gesetz zu halten oder will sie das Gesetz an die bestehende Praxis anpassen?

40. Abgeordneter **Weiss (München)** (DIE GRÜNEN)

Kann die Bundesregierung bestätigen, daß die Deutsche Bundesbahn (DB) beabsichtigt, zum Fahrplanwechsel Sommer 1988 die Kurswagen von Hamburg-Altona nach Bad Kissingen zu streichen, und welches Ersatzangebot wird die DB unterbreiten angesichts der Tatsache, daß diese Kurswagen fast ausschließlich nur von den Bad Kissinger Kurgästen benutzt werden, von denen 55 v. H. über 50 und 36 v. H. über 60 Jahre alt, viele davon gehbehindert sind und deshalb Wert auf eine umsteigefreie Zugverbindung legen?

41. Abgeordneter **Weiss (München)** (DIE GRÜNEN)

Trifft es zu, daß die Deutsche Bundesbahn diese Kurswagen bereits im Jahr 1982 vorsätzlich dadurch unattraktiver gemacht hat, daß sie sie nicht mehr von Gemünden aus über die Saaletalbahnstrecke nach Bad Kissingen führte, sondern den um eine Stunde längeren Fahrweg über Würzburg und Schweinfurt wählte, und so als Nebeneffekt noch die Wirtschaftlichkeit der Saaletalbahn verringern und den Weiterbetrieb des Zugverkehrs auf dieser Strecke in Frage stellen konnte?

42. Abgeordneter **Dr. Abelein** (CDU/CSU)

Aus welchen Gründen kam es am Freitag, dem 18. September 1987, vormittags zu den erheblichen Störungen in der Flugabfertigung des Frankfurter Kontrollraums?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

43. Abgeordneter **Müller (Pleisweiler)** (SPD)

Hält die Bundesregierung die Aussagen von NASA-Wissenschaftlern, daß sich die schützende Ozonschicht in der Atmosphäre über der Antarktis in diesem Jahr auf das geringste Niveau, das jemals gemessen worden sei, vermindert habe und daß an diesem Zerstörungsprozeß Fluorchlorkohlenwasserstoffe sehr stark beteiligt seien, für sachlich richtig?

44. Abgeordneter **Müller (Pleisweiler)** (SPD)

Nimmt die Bundesregierung diese neuen Informationen zum Anlaß, international auf eine deutliche Senkung der im Montrealer Abkommen diesen Jahres beschlossenen künftigen Produktionsmengen von Fluorchlorkohlenwasserstoffen zu drängen?

45. Abgeordneter **Oostergetelo** (SPD)

Warum hat die Bundesregierung sich entgegen ihrer Ankündigung, daß die Entseuchung des radioaktiv belasteten Molkepulvers in einem milchverarbeitenden Betrieb (Molkerei in Hungen) stattfinden solle, für die Dekontaminierung

der Molke im derzeit stillgelegten Kernkraftwerk II in Lingen entschieden, und welche besonderen zum Zeitpunkt der Beantwortung der Drucksache 11/682 noch nicht relevanten Gründe haben diese Entscheidung der Bundesregierung bewirkt?

46. Abgeordneter **Oostergetelo** (SPD)

Nach welchen Kriterien hat die Bundesregierung die betroffenen Bürger, Kommunalpolitiker und Bundestagsabgeordneten informiert, und was hat sie bewogen, den Wahlkreisabgeordneten der Sozialdemokratischen Partei und andere sozialdemokratische Kommunalpolitiker im Gegensatz zu ihren christdemokratischen Kollegen von jeglicher Vorinformation auszuschließen?

47. Abgeordneter **Graf** (SPD)

Ist die Bundesregierung der Auffassung, daß der Umweltschutz sich einzig und allein an einer nachhaltigen Verbesserung der Umweltqualität auszurichten hat, ohne dabei die beschäftigungspolitischen Wirkungen mit in den Vordergrund zu stellen?

48. Abgeordneter **Graf** (SPD)

Ist die Bundesregierung der Auffassung, daß Umweltschutzmaßnahmen zur gezielten Arbeitsplatzbeschaffung einzig und allein auf nationaler Ebene durchgeführt werden sollen, obgleich Aufgabenbereiche wie Bekämpfung der Gewässerverunreinigung, der Luftverschmutzung und des Waldsterbens nur international gelöst werden können?

Geschäftsbereich des Bundesministers für das Post- und Fernmeldewesen

49. Abgeordneter **Börnsen (Ritterhude)** (SPD)

Wie hoch ist nach Kenntnis des Bundesministers für das Post- und Fernmeldewesen der Schaden, der der Deutschen Bundespost im Bereich der Oberpostdirektion München selbst sowie den Baufirmen entstanden ist, die um ihre ihnen rechtmäßig zustehenden Aufträge gebracht worden sind?

50. Abgeordneter **Börnsen (Ritterhude)** (SPD)

Warum hat der Bundesminister für das Post- und Fernmeldewesen entgegen dem Vorschlag des Präsidenten der Oberpostdirektion München nicht die gesamte Firma K., sondern nur die Münchener Niederlassung dieser Firma von der Vergabe weiterer Bauaufträge ausgeschlossen?

51. Abgeordneter **Bernrath** (SPD)

Wann ist zuletzt der Präsident einer Oberpostdirektion gegen seinen Willen versetzt worden, und aus welchem Anlaß?

52. Abgeordneter **Bernrath** (SPD)

Was hat den Bundesminister für das Post- und Fernmeldewesen veranlaßt, den Präsidenten der Oberpostdirektion München mitten in der Aufklärung einer Betrugs- und Korruptionsaffäre abzulösen und mit einem Sonderauftrag zum Fernmeldetechnischen Zentralamt (FTZ) nach Darmstadt zu schicken?

53. Abgeordneter **Paterna** (SPD)

Welche dienstlichen Maßnahmen (Disziplinarmaßnahmen, Regreßforderungen, Entlassung, staatsanwaltliche Ermittlungsverfahren etc.) wurden im Zuge der Aufdeckung der Betrugs- und Korruptionsaffäre vom Präsidenten der Oberpostdirektion München angeregt bzw. eingeleitet?

54. Abgeordneter **Paterna** (SPD)

Trifft es zu, daß die Arbeitsgruppe Hochbau der Oberpostdirektion München, die die Betrugs- und Korruptionsaffäre untersucht, ihre Untersuchungen betreffend die privaten Geschäfte des Leiters der Hochbauabteilung einstellen mußte, und wenn ja, auf wessen Weisung?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen

55. Abgeordneter **Lowack** (CDU/CSU)

Mit welcher Begründung werden die „Namibia Nachrichten" von der deutschen Botschaft in Südafrika und dem Generalkonsulat in Kapstadt mit Informationsmaterial und – zur Verbreitung des Blattes – durch Mundpropaganda unterstützt, und ist die Bundesregierung bereit, dafür Sorge zu tragen, daß auch andere Informationsblätter in Namibia unterstützt werden?

56. Abgeordneter **Dr. Penner** (SPD)

Trifft es zu, daß es vor dem Besuch des Dalai-Lama in der Bundesrepublik Deutschland Bemühungen um ein Gespräch mit der Bundesregierung gegeben hat, und aus welchen Gründen ist das erbetene Gespräch nicht zustande gekommen?

57. Abgeordneter **Dr. Penner** (SPD)

Hat der Bundestagsabgeordnete Dr. Blüm das Gespräch mit dem Dalai-Lama in Düsseldorf in seiner Eigenschaft als Mitglied der Bundesregierung oder als Landesvorsitzender der CDU in Nordrhein-Westfalen geführt, und hat er, falls er als Regierungsmitglied handelte, dem Dalai-Lama bei dieser Gelegenheit die Haltung der Bundesregierung zum Recht der Tibeter auf Selbstbestimmung erläutert?

58. Abgeordnete **Frau Dr. Hamm-Brücher** (FDP)

Wie beurteilt die Bundesregierung die menschenrechtliche Situation nach den Ereignissen am 27. September 1987 in Tibet, in dessen Hauptstadt Lhasa laut Presseberichten 10 000 Tibeter gegen die am 24. und 25. September 1987 in Massenveranstaltungen stattgefundenen öffentlichen Verurteilungen und Hinrichtungen demonstrierten und 26 Personen verhaftet wurden, denen nun das gleiche Schicksal droht?

59. Abgeordnete **Frau Dr. Hamm-Brücher** (FDP)

Ist die Bundesregierung bereit, den Friedensplan für Tibet zu unterstützen, der am 21. September 1987 vom Dalai-Lama dem Menschenrechtsausschuß des Amerikanischen Kongresses vorgelegt wurde?

Geschäftbereich des Bundesministers des Innern

60. Abgeordneter **Conradi** (SPD)

In wie vielen Fällen hat das Bundesamt für Verfassungsschutz direkt oder über die Landesämter für Verfassungsschutz Anfragen aus der Wirtschaft über Bewerber beantwortet, und auf welcher Rechtsgrundlage ist dies geschehen?

61. Abgeordneter **Conradi** (SPD)

Wie wird sichergestellt, daß Bewerber bei ihrer Zustimmung zu einer Sicherheitsüberprüfung darüber informiert werden, daß es sich hierbei nicht um ein polizeiliches Führungszeugnis, sondern um eine Anfrage beim Verfassungsschutz handelt, und welche rechtlichen Möglichkeiten haben abgelehnte Bewerber in der Privatwirtschaft, falsche Anschuldigungen des Verfassungsschutzes richtigzustellen?

62. Abgeordneter **Müller (Wesseling)** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung bereit, die jetzt noch gegebenen versicherungsrechtlichen und versorgungsrechtlichen Bestimmungen so zu ändern, damit vollzeitbeschäftigte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes ohne Nachteile in eine Teilzeitbeschäftigung wechseln können?

63. Abgeordneter **Klein (Dieburg)** (SPD)

Ist der Bundesregierung bekannt, wie viele im Ausland lebende Deutsche durch das 7. Gesetz zur Änderung des Bundeswahlgesetzes vom 8. März 1985 (Neufassung des § 12 des Bundeswahlgesetzes) das Wahlrecht zum Deutschen Bundestag erlangt haben, und wie viele im Ausland lebende Deutsche, die nach dem alten Wahlrecht nicht stimmberechtigt waren, sich an der Wahl des 11. Deutschen Bundestages am 25. Januar 1987 beteiligt haben?

64. Abgeordneter **Klein (Dieburg)** (SPD)

Ist der Bundesregierung bekannt, ob sich auch Deutsche, die in den letzten Jahren in die DDR übergesiedelt sind und die nach § 12 Abs. 3 Bundeswahlgesetz das Recht haben, den Deutschen Bundestag mitzuwählen, von dieser Möglichkeit Gebrauch gemacht haben?

65. Abgeordneter **Verheugen** (SPD)

Was tut die Bundesregierung, um die seit 1924 festgesetzte Höhe der Sprachenzulage für die Beschäftigten des Auswärtigen Dienstes zeitgerecht anzupassen?

Bonn, den 2. Oktober 1987





Druck: Buchdruckerei P. Meier GmbH, Reisertstraße 14, 5202 Hennef (Sieg) 1, Telefon (02242) 6044
Alleinvertrieb: Verlag Dr. Hans Heger, Postfach 201363, Herderstraße 56, 5300 Bonn 2, Telefon (0228) 363551
ISSN 0722-8333